

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Sparsamkeit ist das Gebot der Stunde

Zur Diskussion über die Vorlage eines Konzepts zur Konsolidierung des Bundeshaushalts durch den Bundesfinanzminister erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:

Finanzminister Theo Waigel hat vergangene Woche sein mittelfristig angelegtes Konzept zur Konsolidierung des Bundeshaushalts vorgelegt. Er hat dafür meine volle Unterstützung.

Kernpunkte seines Konzepts sind eine Begrenzung des Ausgabenwachstums im Bundeshaushalt auf durchschnittlich 2,5 Prozent und die Fortschreibung des Ausgabenmoratoriums bis 1994. In die Finanzplanung einbezogen sind zudem die auf den Bundeshaushalt zukommenden Belastungen aus den sogenannten „Schattenhaushalten“ — besonders aus dem Kreditabwicklungsfonds — sowie die Vorsorge für die Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und die Neuregelung des Länder-Finanzausgleichs ab 1995. Hierbei stehen schwierige Verhandlungen mit den Bundesländern bevor.

Aus gesamtwirtschaftlichen wie aus finanzpolitischen Gründen ist jetzt eine konsequente Konsolidierungspolitik notwendig. Dabei sind der Bund und genauso die alten und neuen Bundesländer und die Kommunen gefordert. Beim Bund ist Sparsamkeit in allen Bereichen des Bundeshaushaltes Gebot der Stunde. Ich erwarte hierzu den Beitrag aller Ressorts und die Unterstützung der Koalitionsparteien.

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Aufschwung Ost

Bundeskanzler Helmut Kohl: Der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern kommt voran. Seite 3

● Beschäftigung

Arbeitsmarktentwicklung spiegelt aktuellen Konjunkturverlauf wider. Seite 7

● Europa

Nachbarschaftsverträge mit Ungarn und CSFR sind ein wichtiger Schritt zur Aussöhnung. Seite 8

● Ausländer

Wolfgang Schäuble: Die Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland muß steuerbar sein. Seite 12

● Haushalt

Solide Staatsfinanzen — Aushängeschild der Unionspolitik. Seite 14

● Dokumentation

Für CDU-Geschäftsführer: Zusammenstellung über bestehende Versicherungen und Rahmenabkommen mit der GEMA. Blauer Teil

Generalsekretär Peter Hintze:

Wir müssen die Sachfragen lösen

Eine Zusammenarbeit der CDU mit den rechtsradikalen Parteien hat Generalsekretär Peter Hintze in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ entschieden abgelehnt.

Peter Hintze: Wir müssen die Sachfragen lösen, die zum Protest geführt haben. Wir müssen Informationen gegen die Agitation setzen, die an den Ängsten und Befürchtungen der Menschen ansetzt. Die Wähler haben ja nicht das Gefühl, daß die rechtsradikalen Parteien das bessere Konzept haben, sondern sie wollten den Par-

Keine Zusammenarbeit

teien in der Regierungsverantwortung ein Zeichen setzen. Eine Zusammenarbeit mit den rechtsradikalen Parteien kommt für mich überhaupt nicht in Frage. Denn die rechtsradikalen Parteien stehen für einen schlimmen Ungeist, der in Deutschland nie wieder seine böse Wirkung entfalten darf. Was die Neuregelung des § 218

betrifft, erinnerte der Generalsekretär daran, daß die CDU das Abstimmungsverhalten zu diesem Thema ausdrücklich zur persönlichen Gewissensfrage eines jeden Abgeordneten erklärt hat.

Aus christlicher Überzeugung

Die Stärke des Mehrheitsentwurfs der Union liege jedoch darin, daß er auch das ungeborene Leben unter den Schutz der Rechtsordnung stellt und zugleich die schwerwiegenden Konflikte von betroffenen Frauen ernst nimmt.

Peter Hintze: Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion, die dem SPD-FDP-Entwurf zuneigen, zum Mehrheitsentwurf der Union zurückzukehren, weil dieser unsere christliche Überzeugung von der Unverfügbarkeit menschlichen Lebens klar zum Ausdruck bringt, ohne daß sich dies in einer nicht auflösbaren Konfliktsituation gegen die Frau richtet.

(Fortsetzung von Seite 1)

Mit klarer und verlässlicher Finanzpolitik hat die Bundesregierung zwischen 1982 und 1989 schon einmal die Fähigkeit zu konsequenter Konsolidierung der Staatsfinanzen bewiesen. Mit einem durchschnittlichen Ausgabenanstieg von 2,5 Prozent haben wir damals die Nettoneuverschuldung von 4,5 auf 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts reduziert und den Staatsanteil auf 45 Prozent abgesenkt. Beim Erreichen der deutschen Einheit

1990 war die Konsolidierung der Staatsfinanzen praktisch abgeschlossen.

Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit den Willen und die Fähigkeit zum Herstellen solider Staatsfinanzen unter Beweis gestellt. Jetzt geht es um die Sicherung der Stabilität der D-Mark und der Beschäftigung in unserem Land. Dafür hat die Regierung den klaren Auftrag der Wähler, und sie wird diesen Auftrag erfüllen.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern kommt voran

Wer heute — zwanzig Monate nach Herstellung der deutschen Einheit — eine Bestandsaufnahme des inzwischen Erreichten versucht, stellt fest: Der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern kommt voran.

Die Treuhandanstalt kann bemerkenswerte Privatisierungserfolge vorweisen. Nach wie vor kommt es besonders darauf an, erfahrenes Management für die noch in Treuhandbesitz befindlichen Unternehmen zu gewinnen.

Ich begrüße daher die gemeinsame Initiative der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, mit der junge Nachwuchskräfte und erfahrene Senioren für Aufgaben in den neuen Bundesländern gewonnen werden sollen. Unternehmen, die sich an dieser Aktion beteiligen, helfen nicht nur beim wirtschaftlichen Aufbau in Ostdeutschland. Sie geben auf diese Weise auch dem eigenen Nachwuchs eine interessante und herausfordernde Chance, sich außerhalb des eigenen Hauses zu bewähren und wertvolle Erfahrungen zu sammeln.

Umgekehrt sollten Sie auch ostdeutschen Führungskräften die Chance geben, in Ihrem Unternehmen marktwirtschaftliche Praxis zu erwerben.

Genauso wichtig wie die Privatisierungserfolge der Treuhandanstalt sind Unternehmensgründungen. Noch in diesem Jahr werden zum Beispiel Opel in Eisenach und VW in Zwickau die Produktion voll aufnehmen. Wie wichtig diese Projekte von Großinvestoren sind, zeigt ein einfaches Rechenbeispiel: Wenn die Produktion von Volkswagen in Zwickau voll

angelaufen ist, wird allein dadurch das Bruttosozialprodukt in den neuen Bundesländern um 2 bis 3 Prozent steigen.

Solche Großinvestitionen bilden zugleich den Kern für die Ansiedlung mittelständischer industrieller Zulieferer sowie von Dienstleistungsunternehmen und Handwerksbetrieben. Auch dies trägt wesentlich zum Entstehen weiterer neuer Arbeitsplätze bei.

Aus der einleitenden Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl auf der 11. Konferenz mit Wirtschaft und Gewerkschaften im Bundeskanzleramt am 11. Mai.

Wir müssen gemeinsam alle Chancen ergreifen, um in der schwierigen Zeit des Übergangs neue Beschäftigungsmöglichkeiten aufzuzeigen und den Menschen konkrete Perspektiven zu eröffnen. Unübersehbar ist bereits heute: Es zeichnet sich im Baubereich ein erheblicher zusätzlicher Fachkräftebedarf für die kommenden Jahre ab. Zugleich gibt es in vielen schrumpfenden Wirtschaftsbereichen Beschäftigte, die baunahe Tätigkeiten ausgeübt haben. Diese könnten kurzfristig zu Baufacharbeitern umgeschult beziehungsweise fortgebildet werden.

Deshalb habe ich mit der Bauwirtschaft eine gemeinsame Initiative mit dem Ziel verabredet, innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre in den neuen Bundeslän-

dern 100.000 Arbeitskräfte zusätzlich für Bautätigkeiten zu qualifizieren. Solches konkretes Engagement brauchen wir in möglichst vielen Bereichen. Noch sind nicht alle Handlungsspielräume voll ausgeschöpft.

Wie rasch es gelingen kann, gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland herzustellen, hängt in erster Linie vom Tempo der Investitionen ab. In diesem Jahr werden die privaten und öffentlichen Investitionen in Ostdeutschland nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute auf mehr als 90 Mrd. DM steigen — das ist ein reales Plus von über 25 Prozent gegenüber 1991. Je Einwohner gerechnet sind dies knapp 5.700 DM — ein ansehnlicher Betrag, aber doch erst knapp zwei Drittel der Pro-Kopf-Investitionen in Westdeutschland.

Um aufzuholen, müßte in den neuen Bundesländern je Einwohner mehr investiert werden als in den alten Bundesländern. Im öffentlichen Bereich geschieht dies auch bereits: Je Einwohner werden die staatlichen Infrastrukturinvestitionen in Ostdeutschland in diesem Jahr auf rund 130 Prozent des Westniveaus steigen.

Dagegen liegen die privaten Investitionen je Einwohner noch weit hinter dem Niveau in Westdeutschland zurück. Die Gründe dafür sind sicherlich vielschichtig. Sie reichen von schwierigen Eigentumsfragen über Verwaltungsengpässe bis hin zu den unvermeidbaren Vorlaufzeiten für die Planung und Durchführung von Großinvestitionen. In manchen Fällen wäre es auch wohl ungeachtet dieser Hindernisse möglich, das private Investitionsengagement noch zu steigern.

Eine wesentliche Ursache für die unzureichende Investitionstätigkeit der ostdeutschen Betriebe — und hier insbesondere der Treuhand-Unternehmen — ist die

eklatante Lücke zwischen Lohnkosten und Produktivität.

Daher sehe ich mit Sorge, wie der ohnehin geringe Investitionsspielraum der ostdeutschen Unternehmen durch eine undifferenzierte Tarifpolitik zusätzlich eingeschränkt wird. Besonders betroffen sind davon die um ihre Zukunft ringenden Treuhandbetriebe sowie kapital-schwache ostdeutsche Existenzgründer.

Drei wirtschaftliche Schlüsselgrößen zeigen, wie groß die wirtschaftspolitische Aufgabe in den neuen Bundesländern ist:

- Die Produktivität Ost erreichte 1991 trotz aller Anstrengungen in den Betrieben erst 29 Prozent des Westniveaus.
- Gleichzeitig lagen Löhne und Gehälter der Beschäftigten schon bei 44 Prozent des Niveaus in den alten Bundesländern.
- Dadurch lagen die Lohnstückkosten in Ostdeutschland um 55 Prozent höher als in Westdeutschland.

Staatliche Investitionsförderung kann diesen Wettbewerbsnachteil ostdeutscher Betriebe nicht ausgleichen. Dies wäre auch unverantwortlich, denn der Staat kann und darf nicht für Fehler in der Tarifpolitik geradestehen. Tarifautonomie und Tarifverantwortung bilden eine Einheit, die nicht auseinandergerissen werden darf. Die Tarifpolitik muß dafür sorgen, daß Produktivitätsgewinne in der Aufholphase in erster Linie für Investitionen und Arbeitsplätze genutzt werden können.

Ich weiß, wie schwierig es insbesondere für die Gewerkschaften ist, bei ihren Mitgliedern für einen behutsamen Lohnanpassungsprozeß zu werben. Aber ich bin mir auch sicher: Viele Arbeitnehmer, die um ihren Arbeitsplatz bangen, wären durchaus einverstanden, den Angleichungsprozeß an das westliche Lohnniveau ein wenig zu strecken, wenn dadurch die Überlebenschance ihres Betriebes erhöht werden könnte.

Bundesinnenminister Rudolf Seiters:

Ich habe dieser Tarifeinigung nur schweren Herzens zugestimmt

Zum Tarifabschluß in der Tarifrunde 1992 erklärte der Verhandlungsführer des Bundes, Bundesinnenminister Rudolf Seiters:

1. Der Tarifabschluß ist erfolgt auf der Grundlage linearer Erhöhungen von 5,4 Prozent ab 1. Mai für den einfachen, mittleren und gehobenen Dienst und ab 1. Juni für den höheren Dienst, verbunden mit gestaffelten Einmalzahlungen für die einzelnen Einkommensgruppen und einer allgemeinen Erhöhung des Urlaubsgeldes. Dieser Tarifabschluß bedeutet eine Gesamtbelastung der öffentlichen Haushalte im Jahre 1992 von 5,12 Prozent. Das Volumen von 16,11 Milliarden liegt im Jahre 1992 um 480 Millionen unter der Schlichtungsempfehlung, die 16,59 Milliarden DM ausmachte. Was die innere Struktur des Tarifabschlusses anbetrifft, so will ich nur hinweisen auf die starke soziale Komponente. Es hat bei den Einmalzahlungen deutlich Verschiebungen gegeben zugunsten des einfachen und mittleren Dienstes (750 Mark für den ein-

fachen und mittleren Dienst, 600 Mark für den gehobenen Dienst, keine Einmalzahlung für den höheren Dienst), und zwar in einer Form, die strukturelle Verwerfungen im Tarifgefüge ausschließt.

2. Zur Bewertung will ich sagen, daß ich mich mit diesem Ergebnis sehr schwer tue und auch nur schweren Herzens dieser Tarifeinigung zugestimmt habe. Ich bleibe bei meiner Einschätzung, die sich nicht verändert hat, daß ein Tarifabschluß in dieser Größenordnung erhebliche Risiken birgt mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Beanspruchung der öffentlichen Haushalte — das Geld, das hier von den Kommunen, von den Ländern und vom Bund aufgebracht werden muß, fehlt an anderer Stelle, darauf haben gerade die Verhandlungsführer der Länder und der Kommunen in drastischer Weise immer wieder hingewiesen. Und man muß auch sehen die Auswirkungen auf die neuen Länder, auf die dieser Tarifabschluß ja unmittelbar durchschlägt — mit 60 Pfennig pro Mark, die hier ausgehandelt wurde. ■

Siegerin Wulf-Mathies? *Irgendwie muß die Basis über die von ihr geschürten und nun abgekühlten Erwartungen hinweggetäuscht werden. Lange wird ihr die Siegerpose nicht gelingen. Bei diesem Streik haben alle verloren. Die Niederlage der öffentlichen Arbeitgeber ist freilich nicht so groß, wie es auf den ersten Blick erscheint. Zwar haben sie gegenüber dem Schlichter-Vorschlag kaum Geld gespart, sie haben aber eine soziale Komponente in den Abschluß gebracht, gegen den sich die Gewerkschaft zunächst gewehrt hatte. Diese Verkehrung der Fronten wird Folgen haben. Zum erstenmal ist die Vorreiterrolle der ÖTV für den höheren Dienst und die Beamtenschaft durchbrochen. Daraus ergeben sich auch Fragen nach ihrer Zuständigkeit und Struktur. Frau Wulf-Mathies wird dies neben der Unruhe der Basis einkalkulieren müssen.*

aus: Süddeutsche Zeitung

Heidelberger Druckmaschinen legt Grundstein für Werk Brandenburg

Die Heidelberger Druckmaschinen AG (Heidelberg) hat in Beisein von Bundeskanzler Helmut Kohl den Grundstein für ihr brandenburgisches Werk gelegt. Das Unternehmen will dort insgesamt 850 Millionen DM investieren, sagte der Vorstandsvorsitzende Hilmar Dösch. In der Endstufe Mitte der 90er Jahre strebe das Unternehmen mit 2.000 Mitarbeitern einen Umsatz von rund 500 Millionen DM an.

Erdgasumstellung in Thüringen bis 1993 beendet

Als erstes der neuen Länder soll in Thüringen 1993 die Erdgasumstellung komplett abgeschlossen sein. Bereits jetzt könne etwa die Hälfte der 450.000 Haushalte, die über einen Stadtgasanschluss verfügen, mit dem umweltfreundlicheren Brennstoff versorgt werden, teilten die Erdgasversorgungsgesellschaft Leipzig und die Gasversorgung Nordthüringen GmbH Erfurt mit. Bis auf die Stadt Erfurt und das Gebiet Nordhausen würden die Umstellungsarbeiten bereits Ende 1992 abgeschlossen sein.

Sachsen legt als erstes neues Land Investitions-Atlas vor

Auf der Suche nach neuen Investoren gibt Sachsen als

Nachrichten aus den neuen Ländern

erstes neues Bundesland einen „Investitions-Atlas“ heraus. Die in einer Auflage von 15.000 Stück erscheinende Broschüre gewähre einen direkten Zugang zum Wirtschaftspotential des Freistaates und gebe einen Überblick über Bevölkerung, Wirtschafts- und Infrastruktur, Telekommunikation, Wissenschaft und das europäische Umfeld, sagte Wirtschaftsminister Kajo Schommer. Darüber hinaus werden die 14 wichtigsten Branchen, die acht Regionen in Sachsen sowie die einzelnen Förderungsmaßnahmen von Bund und Land vorgestellt.

Ostdeutsches Bier in den neuen Bundesländern wieder beliebter

Ostdeutsches Bier ist bei den Bürgern in den neuen Bundesländern wieder beliebter. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden berichtete, stieg der Bierabsatz der ostdeutschen Brauereien im 1. Quartal 1992 im Vergleich zum gleichen Zeitraum 1991 um 35,8 Prozent auf 1,8 Millionen Hektoliter. Der Bierausstoß der Brauereien in den alten Bundesländern sei dagegen von Januar bis März im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,2 Prozent auf 24,6 Millionen Hektoliter gestiegen.

Versicherungswirtschaft sucht 15.000 Mitarbeiter in Ostdeutschland

Die deutsche Versicherungswirtschaft will bis 1995 rund 15.000 neue Arbeitsplätze in Ostdeutschland schaffen und dann 50.000 Mitarbeiter in der Branche beschäftigen. Dringenden Nachholbedarf gebe es vor allem in den Geschäftsstellenverwaltungen, sagte der Präsident des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (Bonn), Georg Büchner, anlässlich der Eröffnung der „Deutschen Assekurantztage“ in Dresden. Ungeachtet der hohen Arbeitslosigkeit im Osten sei es schwierig, geeignetes Fachpersonal für Umschulungen zu finden.

IBM: Für 100 Millionen DM Aufträge an Ostfirmen

Die IBM Deutschland GmbH (Stuttgart) vergibt in diesem Jahr für rund 100 Millionen DM Aufträge an ostdeutsche Firmen. Das sei nahezu eine Verdoppelung gegenüber 1991, sagte der Direktor der Thüringer Niederlassung des Computerkonzerns, Peter Rang, in Erfurt. Laut Rang hat IBM in den neuen Ländern in den letzten beiden Jahren eine Vertriebs- und Serviceorganisation mit mehr als 600 Mitarbeitern an acht Standorten aufgebaut. Den dortigen Umsatz im Vorjahr bezifferte er auf etwa 500 Millionen DM. 1992 würden 600 Millionen DM angestrebt.

Arbeitsmarktentwicklung spiegelt aktuellen Konjunkturverlauf wider

Entsprechend der verhaltenen Konjunktur ging die Zahl der Arbeitslosen im März in ganz Deutschland bei geringem Beschäftigungsanstieg nur leicht zurück.

Im bisherigen Bundesgebiet erhöhte sich nach vorläufiger Berechnung des Statistischen Bundesamtes die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber der Zahl des Vormonates um rund 107.000. Insgesamt gab es im März 29.324.000 Erwerbstätige, 401.000 mehr als ein Jahr zuvor.

Entsprechend dem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 5,7 Prozent sank die Zahl der Arbeitslosen weiter um rund 20.700 auf 1.747.000. Positiv zu bewerten ist der Rückgang der Kurzarbeiterzahlen mit 7,1 Prozent auf nur noch 247.000.

In den neuen Bundesländern verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 24.100 auf 1.195.000. Diese positive Entwicklung ist um so höher zu bewerten, da trotz der quartalsbedingten Kündigungen ein Rückgang der Arbeitslosigkeit von zwei Prozent festzustellen ist. Bei den vergleichbaren Januar-Zahlen wurde aufgrund der Quartalskündigungen noch eine Zunahme von 300.000 Arbeitslosen registriert.

Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente sind weiterhin auf hohem Niveau wirksam und tragen zuverlässig zum behutsamen Umbau zur Sozialen Marktwirtschaft bei.

Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung konnten auf 507.000 gegenüber 496.000 im Vormonat gesteigert werden. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen liegen im zweiten Monat hintereinander mit 404.000 erneut über dem jahresdurchschnittlichen Ansatz von 400.000.

Die Kurzarbeit ging um 5,6 Prozent auf nur noch 466.000 zurück, während im Januar noch eine Million Kurzarbeiter registriert wurden.

Entgegen den vollmundigen Ankündigungen des sozialpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Ottmar Schreiner, haben wir mit unserer von Steitigkeit und Verlässlichkeit geprägten Arbeitsmarktpolitik einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit bewirkt. Damit ist es nicht zu dem von der Opposition angekündigten explosionsartigen Anstieg der Arbeitslosigkeit zum Quartalswechsel gekommen. Hier lag sie in ihrer Einschät-

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit

zung ebenso falsch wie mit ihrer Forderung nach Sofortmaßnahmen zur Arbeitsmarktpolitik. Die Forderungen der Opposition sind unseriös, da sie in schöner Regelmäßigkeit ohne entsprechende Finanzierungsvorschläge aufgestellt werden und die Tatsache ignorieren, daß das Bündel unserer arbeitsmarktpolitischen Instrumente greift, wie die aktuellen Arbeitsmarktzahlen belegen.

Julius Louven, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Entscheidende Verbesserungen am Arbeitsmarkt sind derzeit nur durch nachhaltige Verstärkung der Investitionen durch die Unternehmen der Wirtschaft, insbesondere in den neuen Ländern, zu erzielen. Vor diesem Hintergrund gilt es auch zu überprüfen, ob die tarifliche Lohnangleichung, wie sie von mehreren Tarifvertragsparteien vereinbart wurde, bis 1994 realisierbar ist. ■

Nachbarschaftsverträge sind wichtiger Schritt zur Aussöhnung

Mit den Verträgen mit Ungarn und mit der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik baut Deutschland das Netz bilateraler Verträge über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn weiter aus. Deutsche, Ungarn, Tschechen und Slowaken wollen ihre Beziehungen zukunftsgerichtet gestalten, ohne die gemeinsame, oft schmerzliche Geschichte zu vergessen, aber auch ohne begangenes Unrecht aufzurechnen.

Ungarn und ČSFR — diese beiden Länder bedeuten immer auch die Erinnerung an jenen Spätsommer und Herbst 1989, als Zehntausende deutscher Landsleute über Budapest und Prag in die Freiheit stürmten, ihren eigenen — verhaßten — DDR-Staat mit zum Einsturz brachten und indirekt auch ihren Beitrag leisteten zur „sanften Revolution“ in Prag.

Chance für Europa

Die Völker des ehemals kommunistischen Machtbereichs sind auf dem Weg zu freier Staat- und Gesellschaftsordnungen, zu Marktwirtschaft und selbstbestimmtem kulturellen Eigenleben. Dies ist eine großartige Chance für Europa, zugleich aber auch eine gewaltige Herausforderung an uns alle.

Die Verträge mit unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarn sollen deshalb nicht nur unsere bilateralen Beziehungen regeln, z. B. die Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes, der Verkehrspolitik, der Bildungs- und Sozialpolitik, der Rechts- und Kulturpolitik sowie des Jugendaustausches, sie stellen

zugleich einen wichtigen Baustein für das neue, in Freiheit sich einigende Europa dar.

Die Stabilität der neuen Demokratien ist eine entscheidende Voraussetzung für den Aufbau einer prosperierenden Marktwirtschaft. Mit der wirtschaftlichen und institutionellen Anbindung der Staaten Mittel- und Osteuropas an Westeuropa, speziell an die EG, läßt sich auch die Gefahr eines Rückfalls in diktatorische oder nationalistische Strukturen ver-

Karl-Heinz Hornhues, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zu den Verträgen mit Ungarn und mit der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik im Deutschen Bundestag

hindern. Deshalb verpflichtet sich Deutschland auch, aktiv für eine Vollmitgliedschaft der ČSFR und Ungarns in der EG einzutreten.

Die reichen Industrieländer des Westens werden auf Dauer nicht auf einer Insel der Glückseligkeit Frieden und Wohlstand genießen können, wenn an ihren Grenzen Armut, Elend und Verzweiflung herrschen. Die Menschen dort müssen spüren, daß es Hoffnung auf Zukunft gibt, auf eine bessere Zukunft. Und sie erwarten schnelle Ergebnisse.

Die reichen Länder des Westens müssen deshalb Mittel- und Osteuropa helfen, prosperierende Marktwirtschaften aufzu-

Krieg in Bosnien-Herzegowina mit allen verfügbaren Mitteln beenden

Der Krieg in Kroatien und Bosnien-Herzegowina hat nach offiziellen Angaben bereits über 5000 Menschenleben gefordert, mehr als eine halbe Million Menschen wurden aus ihrer Heimat vertrieben oder sind auf der Flucht.

Ungeachtet dieser erschütternden Bilanz zeigt sich die politische Führung in Belgrad jedoch nicht bereit, dem Blutvergießen, der sinnlosen Zerstörung und menschenverachtenden Brutalität ihrer Armee Einhalt zu gebieten.

Die Europäische Gemeinschaft, die KSZE und die Vereinten Nationen sind jetzt aufgefordert, nicht mehr länger zu warten, sondern ohne jeden

Verzug mit konkreten Strafmaßnahmen dem grausamen Spiel der Regierung in Belgrad Einhalt zu gebieten.

Karl-Heinz Hornhues, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich innerhalb der Europäischen Gemeinschaft für ein sofortiges und umfassendes Handels- und Wirtschaftsembargo gegenüber der neuen Republik Jugoslawien einzusetzen. Dieses sollte so lange in Kraft bleiben, bis die Führung in Belgrad ihre Armee aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina zurückgezogen hat und die Bedingungen der EG-Friedenskonferenz akzeptiert.

bauen, denn es geht vor allem um Hoffnung auf Zukunft im eigenen Land.

In allen Verträgen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas spielen die Vereinbarungen hinsichtlich der deutschen Minderheiten eine besondere Rolle. So auch in diesen Verträgen. Den Deutschen in Ungarn und in der Tschechoslowakei werden damit Entfaltungsmöglichkeiten auf breiter Grundlage gesichert. Gerade sie sind dazu berufen, als Botschafter der Versöhnung eine Brücke zwischen uns und unseren Nachbarn zu bauen.

Botschafter und Brücke

Die deutsch-ungarischen Beziehungen sind frei von schweren politischen oder auch geschichtlichen Belastungen. Sie sind geprägt durch die jahrhundertealte Tradition der freundschaftlichen Zusammenarbeit und fruchtbarer Kontakte. Es gibt nicht viele Völker in Europa, die so friedvoll zusammengeliebt haben wie

Deutsche und Ungarn. Unser Verhältnis ist heute gekennzeichnet von einer selbstverständlichen und guten Nachbarschaft.

Demgegenüber hat die öffentliche Diskussion der letzten Monate gezeigt, daß es in den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen noch offene Fragen gibt. Hierzu gehört die Erinnerung an das Unrecht, das Tschechen und auch Slowaken von deutscher Seite angetan wurde. Hierzu gehört aber auch die Not und das Elend der Vertreibung der Sudetendeutschen, die viele Hunderttausende nicht überlebt haben.

Wie kaum ein Politiker hat dies Václav Havel begriffen und den Deutschen die Hand zur Versöhnung gereicht. Wir sollten den Nachbarschaftsvertrag nicht als Schlußpunkt, sondern als Beginn für die weitere Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen ansehen. In diesem Sinne ist der Vertrag mit der Tschechoslowakei ein mutiger Schritt, der zur Aussöhnung der beiden Völker beitragen wird. ■

Kinder- und Jugendeinrichtungen in den neuen Ländern erhalten

In seiner jüngsten Sitzung befaßte sich der Bundesfachausschuß Jugend der CDU mit der Situation der Kinder- und Jugendeinrichtungen in den fünf neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins.

Die Mitglieder des Bundesfachausschusses haben mit großem Bedauern feststellen müssen, daß 1½ Jahre nach der Vereinigung ein erheblicher Teil der Jugendeinrichtungen der ehemaligen DDR nicht mehr für die Zwecke der Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung steht.

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, **Kersten Wetzel**, erklärte dazu: Wir rufen in Erinnerung, daß nach der Wende von seiten der Bundesregierung und der Regierung der DDR den jungen Menschen und ihren Familien in Ostdeutschland Hoffnungen auf den Erhalt dieser Einrichtungen gemacht wurden.

Wetzel erinnerte daran, daß insbesondere viele der ehemaligen großen FDJ-Pionier-

einrichtungen, die meist einen hohen Erholungs- und Freizeitwert haben, an die Treuhandanstalt bzw. die Bundesvermögensverwaltung übergegangen seien. Sie würden als normale Immobilien zum Verkehrswert am Immobilienmarkt angeboten. Von den gemeinnützigen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit, die diese Einrichtungen weiterführen wollten, werde dann verlangt, daß sie bei der Übernahme dieser Einrichtungen den vollen Verkehrswert zu bezahlen haben.

Wetzel: Auch der Bundesvermögensverwaltung und der Treuhand ist bekannt, daß die gemeinnützigen Träger der Kinder- und Jugendarbeit und die Kommunen in den neuen Bundesländern wirtschaftlich nicht in der Lage sind, diese Einrichtungen zum Verkehrswert zu erwerben. Wir fordern, daß diese Praxis umgehend aufgegeben wird. Wenn dies so weitergeht, ist die zwangsläufige Folge davon, daß diese Einrichtungen de facto nie wieder der Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stehen werden.

Geschichte und Politik

Rainer Eppelmann

Wendewege

Briefe an die Familie
Herausgegeben von Dietmar Herbst
250 Seiten, Preis DM 34,—

Die zahlreichen Briefe Rainer Eppelmanns an seine Töchter, Söhne und seine Frau Evi sind ein Spiegel der dramatischen Ereignisse in den letzten Monaten der DDR und zugleich ein subtiles Zeugnis der menschlichen

Auseinandersetzung mit den Erfordernissen der politisch-gesellschaftlichen Wende.

Rainer Eppelmann, der ehemalige Pfarrer und Bürgerrechtler, beschreibt in der Chronologie seiner Briefe die inneren und äußeren Wege vom Oppositionellen und „Staatsfeind“ in der DDR zum Mitglied in der ersten demokratisch legitimierten Regierung auf ostdeutschem Boden nach 57 Jahren.

CDU-Forschungspolitiker drängen auf schnelle Anwendung des Transrapid

Im Anschluß an eine Sitzung des Bundesfachausschusses Forschung und Technologie der CDU erklärte der stellvertretende Vorsitzende Prof. Dr. Bugl zum Thema „Transrapid“:

Deutschland ist durch mehr als zwanzig Jahre intensiver Forschungs- und Entwicklungsanstrengung heute weltweit führend in der Magnetbahntechnologie. Die Anfang des Jahres erfolgte Bestätigung der Einsatzreife der Magnetschnellbahn Transrapid hat dies deutlich bestätigt. Dieser technologische Vorsprung, der vor allem vor Japan nur wenige Jahre beträgt, darf jetzt nicht durch langwierige Planungs- und Diskussionsverfahren verspielt werden.

Der Transrapid muß umgehend zur Serienreife fortentwickelt werden. Der CDU-Bundesfachausschuß Forschung und Technologie fordert deshalb, sofort mit den Planungsverfahren und dem Bau einer ersten Anwendungsstrecke zu beginnen. Der Forschungsauftrag für den Transrapid ist erfüllt, und er muß jetzt als wichtiger Bestandteil einer zukunftsorientierten Verkehrsplanung in die Anwendungen übergehen.

Der Transrapid ist in der Lage, schnell, umweltfreundlich und landschaftsschonend weite Strecken zu überwinden und kann so den innerdeutschen Luftverkehr erheblich entlasten.

Die Talsohle ist durchschritten

Der Umstellungsprozeß der ostdeutschen Wirtschaft hat weitere Fortschritte gemacht. Der Tiefpunkt der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dürfte durchschritten sein.

In vielen Bereichen beginnt der „Aufschwung Ost“ zu greifen:

- Auf- und Ausbau der Infrastruktur kommen zügig und erfolgreich voran.
- Die Bauwirtschaft expandiert kräftig:

Die Auftragseingänge haben sich gegenüber dem 1. Vorjahr 1991 um rund 70 Prozent erhöht; darüber hinaus werden viele in der Planungsphase befindliche Projekte in absehbarer Zeit auftragswirksam.

- Seit Anfang 1990 wurden rund 480 000 Gewerbebetriebe in Handel, Handwerk und Dienstleistungsbereich gegründet.

- Die Treuhandanstalt hat bisher gut 7 000 Unternehmen verkauft.

Damit sind Investitionszusagen von rund 130 Milliarden Mark verbunden und über 1,1 Millionen Arbeitsplätze garantiert.

Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Angesichts dieser Aufwärtsentwicklung ist für 1992 in den neuen Bundesländern mit einem Wirtschaftswachstum von etwa 10 Prozent zu rechnen. Dessen ungeachtet kann noch nicht von einem selbsttragenden Aufschwung gesprochen werden.

Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland muß steuerbar sein

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt es, daß sich die deutschen Gewerkschaften mit großem Engagement der Probleme der bei uns lebenden Ausländer annehmen. Von der Ausländerkonferenz der IG Metall, zu der Sie hier in Travemünde zusammengekommen sind, können wichtige Anregungen ausgehen für eine verantwortungsvolle Politik, die die Belange der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien sichern hilft.

Bei uns in Deutschland leben gegenwärtig über fünf Millionen Ausländer, das sind fast sieben Prozent der Gesamtbevölkerung. Über die Hälfte von ihnen leben schon zehn Jahre und länger bei uns. Mehr als zwei Drittel der ausländischen Kinder und Jugendlichen sind hier in Deutschland geboren und die meisten von ihnen werden auch auf Dauer hier bleiben.

In Deutschland arbeiten rund zwei Millionen ausländische Männer und Frauen. Wenn sie von heute auf morgen unser Land verließen, würde unsere gesamte Wirtschaft stillstehen. Ganze Branchen, die Gastronomie, auch Elektrotechnik, Maschinenbau oder die Autoindustrie würden lahmgelegt.

Aber auch als Konsumenten, als Steuerzahler, als Beitragszahler für die Sozialversicherungen tragen Ausländer in erheblichem Maße zu unserem Wohlstand bei. Fielen sie als Beitragszahler weg, hätten wir beispielsweise jährlich in den Rentenkassen einen Verlust von etwa zehn Milliarden DM.

Auch zur deutschen Einheit haben die ausländischen Arbeitnehmer mit ihrem Solidaritätszuschlag einen ganz erhebli-

chen Beitrag geleistet. Allein die türkischen Arbeitnehmer steuern auf diese Weise 450 Millionen DM zur Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland bei.

Ein gedeihliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern kann sich nur entwickeln, wenn die Ausländer bereit sind, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Diesem Gedanken ist das neue Ausländergesetz verpflichtet, das zu Beginn des vergangenen Jahres in Kraft getreten ist. Es enthält zahlreiche einklagbare Rechtsansprüche für die hier lebenden Ausländer. Das neue Gesetz gibt

Aus dem Grußwort des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, zur 3. Ausländerkonferenz der IG Metall in Travemünde

ihnen Rechtssicherheit, es ermöglicht ihnen eine verlässliche Zukunftsplanung. Integration bedeutet nicht den Verzicht der Ausländer auf ihre nationalen, kulturellen und religiösen Traditionen und Werte. Integration bedeutet im Gegenteil den Respekt der Deutschen vor den anderen Werten und Einstellungen der bei uns lebenden Ausländer. Integration bedeutet aber ebenso, daß die Ausländer den hiesigen Lebensverhältnissen aufgeschlossen begegnen.

Integration wird nur gelingen, wenn Ausländer und Deutsche aufeinander zugehen, einander achten und bereit sind,

voneinander zu lernen. In diesem Sinne ist die Integration der Ausländer in unserer Gesellschaft vielerorts längst gelungen: am Arbeitsplatz, in Vereinen, in der Nachbarschaft.

In den zurückliegenden Monaten ist es in der Bundesrepublik Deutschland wiederholt zu ausländerfeindlichen Ausschreitungen gekommen. Dies erfüllt uns mit Scham und tiefer Besorgnis. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wendet sich entschieden gegen alle Formen von Ausländerfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt.

Den Mißbrauch verhindern

Wir dürfen die Menschen aber auch nicht überfordern. Deutschland wird nur solange ein ausländerfreundliches Land bleiben, solange die Zahl der zu uns kommenden Ausländer für unsere Bürger überschaubar bleibt, solange ihre Aufnahmebereitschaft nicht überstrapaziert wird. Dazu gehört, daß wir einen ungehemmten Zuzug hierher nach Deutschland nicht zulassen können. Wir werden nicht alle Menschen bei uns aufnehmen können, die zu uns kommen wollen. Die Integrationskraft unserer Gesellschaft, unser Arbeitsmarkt, die Begrenztheit der Mittel lassen dies nicht zu. Die soziale und kulturelle Integrationsfähigkeit jeder Gesellschaft stößt irgendwann an Grenzen.

Insbesondere die mißbräuchliche Berufung auf das Grundrecht auf Asyl, mit der die Politik der notwendigen Zuzugsbegrenzung in großer Zahl unterlaufen wird, begegnet bei unseren Bürgern wachsendem Unverständnis. Damit wir diesen Mißbrauch verhindern können und damit die Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland überschaubar und steuerbar bleibt, müssen wir daher unser Grundgesetz entsprechend ergänzen.

Asylbewerberzahlen im April 1992

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat April 1992 26 653 Asylbewerber (Vormonat: 35 059 Personen) registriert. Hauptherkunftsländer sind:

Jugoslawien:	10 214 (Vormonat: 13 175)
Rumänien:	3 961 (Vormonat: 5 544)
Türkei:	1 971 (Vormonat: 2 406)
Bulgarien:	904 (Vormonat: 939)
Nigeria:	836 (Vormonat: 1 800)
CSFR:	625 (Vormonat: 620)
Vietnam:	620 (Vormonat: 1 135)
Libanon:	612 (Vormonat: 812)
Zaire:	545 (Vormonat: 635)

Die Zahl der Asylbewerber ist gegenüber dem Vormonat erheblich zurückgegangen.

Hoch ist nach wie vor der Zugang aus Jugoslawien. Hervorzuheben sind hierbei die niedrigen Zahlen der Asylbewerber aus Kroatien (79) und aus Slowenien (4). Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im April 16.825 Asylbewerber. Das sind 63,1 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber beträgt 70,6 Prozent (18.806 Personen).

Im Monat April hat das Bundesamt über die Anträge von 18.675 Personen entschieden. Anerkannt wurden 706 Personen (3,8 Prozent), abgelehnt 13.563 Personen (72,6 Prozent), sonstige erledigt wurden die Anträge von 4.406 Personen (23,6 Prozent).

In den Monaten Januar bis April hat das Bundesamt über die Anträge von 73.081 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 3.420 Personen. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 4,7 Prozent. Abgelehnt wurden 53.796 Personen (73,6 Prozent), auf sonstige Erledigungen und Rücknahmen entfielen 15.865 Personen (21,7 Prozent).

Solide Staatsfinanzen – Aushängeschild der Unionspolitik

Am 5. Mai 1992 hat der Bundesminister der Finanzen, Theo Waigel, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Lagebericht zu den Staatsfinanzen gegeben. Er hat die Eckwerte für die Finanzpolitik des Bundes in den kommenden Jahren vorgestellt, die inzwischen — gemeinsam mit dem Nachtragshaushalt 1992 — von der Bundesregierung beschlossen worden sind.

Es hat sich gezeigt, daß die Politik der Koalition in den Jahren 1982 bis 1989 mit ihren Konsolidierungserfolgen eine tragfähige finanzielle Grundlage für die Verwirklichung der Einheit Deutschlands schaffen konnte. So wuchs der öffentliche Gesamthaushalt nur halb so schnell wie das Bruttosozialprodukt; der Staatsanteil sank von 50 Prozent auf 45 Prozent der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung. Der Anstieg des Zinsaufwandes an den öffentlichen Gesamtausgaben aus der Zeit bis 1982 konnte gestoppt werden. Auch die Schuldenquote (das Verhältnis von Staatsschulden und Bruttosozialprodukt) stieg nach einer Verdoppelung zwischen 1969 und 1982 kaum noch an, sie betrug 1991 41,6 Prozent nach 38,2 Prozent im Jahre 1982.

Der Schuldenstand aller öffentlichen Haushalte betrug 1982 608 Mrd. DM. Dabei entfielen 308,5 Mrd. DM auf den Bund und 286,1 Mrd. DM auf Länder und Gemeinden.

Mit der Konsolidierung der Staatsfinanzen ging die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums einher. So konnte das Bruttosozialprodukt von 1982 bis 1990

um real fast 25 Prozent steigen. Das beste und erfolgreichste Rezept dafür war die Steuerreform der Jahre 1986/88/90, die Netto-Steuerentlastungen in Höhe von rund 40 Mrd. DM brachte.

Der Aufbau in den jungen Ländern hat uns inzwischen dazu gezwungen, vorübergehend höhere Kredite in Anspruch zu nehmen. Dies hat steigende Zinsen zur Folge gehabt.

Zwar verbesserte sich die Einnahmesituation durch wirtschaftliches Wachstum

Von Hans Peter Schmitz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestags- fraktion

und auch aufgrund der vorgenommenen Steuererhöhungen nach dem Solidaritätsgesetz. Die finanziellen Anforderungen an die öffentlichen Haushalte steigen aber unvermindert an. Neben dem Wiederaufbau in den neuen Ländern, der allein 1992 rund 140 Mrd. DM kosten wird, sollen z. B. Bahnreform, Pflegeversicherung, weitere Verbesserungen beim Familienlastenausgleich, Wohngeld (Ost), steigende Leistungen an die EG und vieles andere bezahlt werden. Die Unternehmensteuerreform, die Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern sowie die Treuhandanstalt werden weitere Anstrengungen erfordern. Hinzu kommt noch, daß sich aus dem Einigungsvertrag die Über-

nahme der ehemaligen DDR-Schulden im Kreditabwicklungsfonds und der Lasten aus der Treuhandanstalt ergeben. Der Schuldenstand wird also erheblich ansteigen.

Konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen allein können diesen Aufwand nicht decken. Die weitere Erhöhung von Steuern und Abgaben ist aber nicht ratsam. Sie würde die Konjunktur zu stark beeinträchtigen. Im übrigen brauchen wir auch weiterhin eine sichere finanzpolitische Perspektive. Gleichzeitig erwarten nationale und internationale Finanzmärkte unseren Beitrag zur Zinssenkung.

Deutschland soll auch in dieser schwierigen Zeit der wirtschaftlichen Vereinigung unseres Landes Vorbild für Solidität und stabile Staatsfinanzen sein. Darum ist es unsere Aufgabe, inflationäre Tendenzen zu bekämpfen und die Geldwertstabilität zu erhalten.

Eine energische Politik der Konsolidierung ist deshalb erforderlich. Die von Bundesminister Theo Waigel vorgelegten Eckwerte bilden dafür die richtige Leitlinie. Sie sehen im wesentlichen vor,

- die Nettokreditaufnahme 1992 unter 45 Mrd. DM, 1993 auf etwa 40 Mrd. DM sowie mittelfristig auf 25 Mrd. DM zu begrenzen und
- das Ausgabenwachstum des Bundes bis 1996 auf durchschnittlich 2,5 Prozent zu beschränken.

Herzstück ist dabei die Festlegung der durchschnittlichen Steigerung von 2,5 Prozent. Dies ist gewiß ein äußerst ehrgeiziges Ziel, das in den Haushaltsverhandlungen der Bundesregierung und des Bundestages noch viel Kompromißbereitschaft und Vernunft erfordern wird.

Das wichtigste Mittel zur Erreichung des Ziels ist die Verlängerung des sog. „Ausgabenmoratoriums“ aus der Koalitionsvereinbarung vom 16. Januar 1991. Dies

bedeutet, daß neue ausgabenwirksame Leistungen bzw. die Verbesserung bestehender Leistungen nur dann beschlossen werden können, wenn an anderer Stelle gleichgewichtig und dauerhaft eingespart wird.

Der Bund kann die Aufgabe jedoch nicht allein meistern. Auch die Länder und Gemeinden müssen ihren Konsolidierungsbeitrag erbringen.

Handlungsspielraum sichern

Die CDU/CSU-Fraktion wird im Bundestag dafür sorgen, daß der Haushalt 1993 allen genannten Anforderungen gerecht wird. Dies gilt auch für die Folgejahre. Sie geht davon aus, daß auch der Koalitionspartner konsequent mitzieht.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik ist immer ein Aushängeschild unserer Politik gewesen. Deshalb hängt von dem Vertrauen der Bürger in unsere Kompetenz zum richtigen Umgang mit öffentlichen Geldern der Fortbestand unserer Regierungsfähigkeit ab. Die konsequente Umsetzung der Beschlüsse sichert den Handlungsspielraum für unsere Politik und gewährleistet Wachstum und soziale Sicherheit. Bei der Schaffung der Deutschen Einheit und der weiteren Integration Europas sind wir auf solche Fundamente angewiesen.

Wir werden mit unserer Politik der Haushaltskonsolidierung durch Sparsamkeit dafür sorgen, daß

- die Schulden der öffentlichen Hand in wirtschaftlich vertretbaren Grenzen bleiben,
- die Geldwertstabilität gewahrt wird,
- der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht durch zu hohe Steuern gefährdet wird und
- Handlungsspielräume für die Durchsetzung unserer politischen Grundüberzeugungen bestehen bleiben. ■

Ausbildungsförderung für Studenten weiter verbessert

Über den Regierungsentwurf zum 15. BAföG-Änderungsgesetz hinaus hat der Bundestag am 7. Mai weitere Verbesserungen bei der Ausbildungsförderung beschlossen.

Wichtigster Punkt hierbei ist die Anpassung des Grundbedarfs für Studierende in den neuen Ländern an das Westniveau in einem Schritt zum Herbst 1992. Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten in den neuen Ländern — insbesondere die Anhebung der Tarife für öffentliche Verkehrsmittel — machte eine solche Regelung zur Gleichbehandlung der Studenten in Ost und West erforderlich. Sie stellt zugleich einen wichtigen Schritt zur Herstellung einheitlicher Bedingungen bei der Ausbildungsförderung in ganz Deutschland dar.

Alois Graf von Waldburg-Zeil, bildungs- und wissenschaftspolitischer Sprecher

der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Weiterhin konnte nunmehr auf eine Selbstbeteiligung von 25 v. H. bei der Gewährung des Wohngeldzuschlags an Studierende, die in Wohnheimen öffentlich-rechtlicher Träger untergebracht sind, verzichtet werden, nachdem die Gefahr überhöhter Mietforderungen zur Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen durch entsprechende Erklärungen der Länder ausgeräumt wurde.

Schließlich konnte durch eine entsprechende Besitzstandsklausel zur Wahrung der Interessen von Westberliner Studierenden erreicht werden, daß diese bei einer künftigen Änderung der Zuordnung ihrer Institute von der Freien Universität zur Humboldt-Universität auch künftig die erhöhten Westsätze für den Wohnbedarf erhalten.

Insgesamt wurde durch das 15. BAföG-Änderungsgesetz in wirksamer Weise gesichert, daß — unabhängig von der wirtschaftlichen Situation ihrer Familie — allen Jugendlichen qualifizierende Ausbildungsstätten auch weiterhin offenstehen. ■

Personalien

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 5. Mai den CDU-Bundestagsabgeordneten **Horst Eylmann** zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages nominiert.

★ ★ ★

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat der CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den CDU-Bundestagsabgeordneten **Joachim Hörster** zum Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt.

Joachim Hörster tritt die Nachfolge von Ingrid Roitzsch an, die zur Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung berufen wurde.

★ ★ ★

CDU-Bundestagsabgeordneter **Paul Breuer** ist neuer Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung (gleichzeitig verteidigungspolitischer Sprecher) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Paul Breuer tritt die Nachfolge von Bernd Wilz an, der zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung berufen wurde.

Wohnungshilfe für schwangere Frauen

Bei Experten ist unbestritten, daß in sehr vielen Schwangerschaftskonflikten die Wohnsituation keine unbedeutende Rolle spielt.

Die Anhörung von Vertretern der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Sonderausschuß „Schutz des ungeborenen Lebens“ hat dies unterstrichen. So wird geschätzt, daß in mehr als der Hälfte der Beratungsgespräche die schlechte Wohnsituation der Schwangeren zur Sprache kommt.

Im Entwurf der CDU/CSU-Fraktion für die Neuregelung des Abtreibungsrechts war daher bereits die Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes vorgesehen. Schwangere sollen danach ausdrücklich in den Kreis derjenigen Personen aufgenommen werden, die bei der Vergabe von Wohnungen vorrangig zu berücksichtigen sind. Eine Änderung des zweiten Wohnungsbaugesetzes soll zudem sicherstellen, daß auch bei der öffentlichen Wohnungsbauförderung schwangere Frauen mitberücksichtigt werden.

In der Zwischenzeit sind vor dem Hintergrund der Anhörung im Sonderausschuß

weiterreichende Vorschläge in der Koalition, im Zusammenwirken mit dem Bundesbauministerium, erarbeitet worden, wohnberechtigten Schwangeren einen Vorrang vor den anderen vordringlich zu fördernden Personengruppen einzuräumen. Das heißt einerseits, daß dort, wo die Gemeinden selbst das Besetzungsrecht haben, schwangeren Frauen ein Vorrang zukommen soll. Auch in den Fällen, in denen das zuständige Amt in Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf dem Vermieter drei mögliche Mieter benennt, ist geplant, schwangere Frauen besonders zu bevorzugen. Dies kann zum Beispiel dadurch geschehen, daß in den Dreierorschlag ausschließlich wohnungssuchende schwangere Frauen aufgenommen werden.

Gabriele Wiechatzek, Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bauausschuß: Im Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sind diese Änderungspläne letzte Woche auf große Zustimmung gestoßen. Die Umsetzung dieser Gesetzesvorhaben würde eine wesentliche Hilfe für schwangere Frauen in Nöt bedeuten.

Marlene Lenz Präsidentin der Frauenorganisation der EVP/EUCD

Auf dem Kongreß der Frauen der Europäischen Volkspartei und der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EVP/EUCD) wurde die Bonner Europaabgeordnete **Marlene Lenz** mit großer Mehrheit zur Präsidentin der Frauenorganisation der EVP/EUCD gewählt, die nunmehr alle Frauengruppen aus den 16 christlichen demokratischen Parteien in 13 Ländern Westeuropas umfaßt. Beitrittsanträge aus den mittel- und osteuro-

päischen Ländern liegen vor. An dem Kongreß nahmen Vertreterinnen aus Ungarn, Rumänien, ČSFR, Bulgarien, Estland sowie aus Lateinamerika teil. Das Weltkomitee der Weltunion Christlich Demokratischer Frauen wählte zugleich die Italienerin Anna Maria Cervone zur neuen Präsidentin der UMDC. Als Präsidentin der europäischen Regionalorganisation gehört Marlene Lenz dem Weltkomitee an.

Tierschutz bleibt Daueraufgabe

Inhaltliche Schwerpunkte dieses nunmehr zweiten Tierschutzberichts sind die Auswertung der Erfahrungen der Länder beim Vollzug des Tierschutzes sowie die Analyse der in Tierversuchen eingesetzten Tiere. Als Ergebnis ist festzuhalten, daß im Berichtszeitraum 1989 und 1990 wesentliche tierschutzpolitische Ziele erreicht werden konnten.

Im einzelnen möchte ich auf folgende Punkte hinweisen: Die Rechtsvorschriften wurden weiter im Sinne des Tierschutzes verbessert. So werden beispielsweise auch im bürgerlichen Recht Tiere nicht länger als Sache behandelt. Dadurch ist die Pfändbarkeit von Tieren eingeschränkt worden. Mit dem 1986 novellierten Tierschutzgesetz wurde das Genehmigungsverfahren für Tierversuche verschärft. Es sieht umfangreiche Darlegungs- und Nachweispflichten des Antragstellers vor.

Entscheidungen über den Einsatz von Tieren zu Versuchszwecken werden durch die Beteiligung von Tierschutzbeauftragten und der beratenden Kommissionen mit größter Sorgfalt vorbereitet und erst nach strenger Güterabwägung getroffen. Mit der Novellierung des Tierschutzgesetzes wurde auch das Anzeigungsverfahren für Tierversuche verschärft.

Nunmehr ist gesetzlich vorgeschrieben, welche Angaben hierzu im einzelnen vorzulegen sind. Außerdem ist die Abgrenzung zwischen genehmigungs- und anzeigepflichtigen Tierversuchen präzisiert worden, so daß zahlreiche Tierversuche, die bis 1986 lediglich anzeigepflichtig waren, heute den strengeren Auflagen der Genehmigungspflicht unterliegen. Inzwischen liegen nicht nur für 1989, sondern auch für 1990 amtliche Zahlen über die eingesetzten Versuchstiere vor.

Danach verminderte sich 1990 in den alten Bundesländern deren Zahl um rd. 10 Prozent auf insgesamt 2,37 Mio. Wirbeltiere — davon rd. 2 Mio. Nager, insbesondere Mäuse und Ratten. Von diesen 2,37 Mio. Tieren wurden rd. 1,47 Mio. Tiere für die Entwicklung und Prüfung von Arzneimitteln eingesetzt. Die ausgewiesenen Zahlen bleiben damit weit hinter früheren Schätzungen zurück. Um die Zahl der Tierversuche weiter zu verringern, setzt sich die Bundesregierung mit Nachdruck für die Erforschung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden ein. Kein anderer Staat stellt weltweit für diesen Zweck mehr öffentliche Mittel bereit als Deutschland.

Deutschland gehört zu den Ländern mit den weltweit strengsten tierschutzrechtlichen Bestimmungen. Die Bundesregierung tritt deshalb dafür ein, daß der hohe Tierschutzstandard auch auf internationaler und EG-Ebene durchgesetzt wird. Es ist im wesentlichen unserem Einsatz zu verdanken, daß der EG-Ministerrat im November vergangenen Jahres Richtli-

Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle zum zweiten Tierschutzbericht im Deutschen Bundestag

nien für die Haltung von Schweinen und Kälbern beschlossen hat, die im Sinne des Tierschutzes zu erheblichen Verbesserungen führen.

Die EG-Agrarminister haben darüber hinaus schärfere Vorschriften zum Schutz von Tieren beim Transport verabschiedet. In einem völlig anderen Bereich — der Fischerei — haben wir im vergangenen

**Wir danken
für Ihr Vertrauen
CDU**

Überkleber: schwarzer Druck auf signalgrünem Papier (42,5 × 15 cm).
Bestell-Nr.: 8196, Verpackungseinheit: 500 Expl., Preis je Einheit: 30,— DM

Wieder neu: Was sagt die CDU zum
Thema „Umwelt“? Bestell-Nr. 2215
Verpackungseinheit 50 Expl.
Preis je Einheit: 15,— DM

Bestellungen bei:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold
Fax (054 23) 4 1521

Jahr große Fortschritte erzielt. Die Bundesregierung hat sich mit Erfolg für ein weltweites Verbot der großflächigen Treibnetzfisherei eingesetzt, die vor allem wegen des Beifangs von Delphinen mit den Anforderungen des Tier- und Artenschutzes unvereinbar ist.

In der EG stehen neben der Verbesserung der Transportvorschriften strengere Bestimmungen über das Betäuben und Schlachten von Tieren im Vordergrund. Die Bundesregierung wird deshalb auch in Zukunft nichts unversucht lassen, um mit Geduld und Beharrlichkeit den Tierschutz in unserem Lande und in der EG voranzubringen. Der Tierschutz bleibt für uns eine Daueraufgabe! ■

**WAS SAGT
DIE *CDU*
ZUM THEMA**

Umwelt

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Mit dieser großen Universaltasche ...

... können Sie nicht nur Einkaufen gehen, auch im Schwimmbad oder beim Picknick bietet sich der Einsatz dieser Tasche an. Reißfestes Nylongewebe, eine zusätzliche Reißverschlusstasche an der Außenseite sowie die Supergröße von 53 x 40 cm sind die hervorstechenden Merkmale dieser Tasche.

● Bestell-Nr.: 9442

Verpackungseinheit: 5 Exemplare

Preis je Einheit: 40,— DM

zuzüglich Mehrwertsteuer inklusive Versand.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 13 28 · 4804 Versmold

Fax: (05423) 4 15 21



UID

16/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 5307-0, Telefax (02 28) 5307-118/119, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** wva Verlag-einigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.